

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib  
Tageblatt Rieser  
Bernauer Str. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1530.  
Verleger:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 213.

Sonnabend, 12. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Abdruckung und Anfertigung der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vervielfachung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Dr. Curtius hat das Wort.

### Reichsaußenminister Dr. Curtius über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Abrüstung.

#### Die heutige Vormittags-Sitzung des Völkerbundes.

Genf. (Funkspruch.) Zu Beginn der heutigen Vormittags-Sitzung sprach der portugiesische Delegierte Vasconcellos und der belgische Außenminister Smans. Der Vertreter Portugals bekräftigte das große Interesse seines Landes für die vom englischen Delegierten angeregte Reform der Wahlen zum Völkerbundsrat. Der belgische Außenminister empfahl den Plan des belgischen Finanzfachverständigen Francaui für die Schaffung eines Systems lang- und mittelfristiger Kredite der aufmerksamen Prüfung des Völkerbundes und appellierte an die großen Staaten, auf denen die Verantwortung für den Frieden lastet, alles zu unterlassen, was bis zur Abrüstungskonferenz neue Zwischenfälle und Spannungen hervorrufen könnte.

Hierauf ergriff der deutsche

#### Reichsaußenminister Dr. Curtius

das Wort.

Die Lage der diesjährigen Bundesversammlung, erklärte er u. a., wird vor allem durch zwei Tatsachen bestimmt: Durch die fortschreitende wirtschaftliche Notlage, in der sich die meisten Länder befinden, und durch die bevorstehende Abrüstungskonferenz. Von diesen beiden Tatsachen müssen wir ausgehen, wenn wir uns darüber klar werden wollen, welche Möglichkeiten der Völkerbund überhaupt unter den gegenwärtigen Verhältnissen bietet und wobei es auf die diesjährigen Beschlüsse ankommt. Ich möchte mich deshalb wie viele meiner Vorredner in der Hauptsache mit diesen beiden Fragen beschäftigen. Die deutsche Delegation wird selbstredend an den auf der Tagesordnung stehenden übrigen Einzelfragen tatkräftig mitarbeiten und Gelegenheit nehmen, ihren Standpunkt dazu, insbesondere ihren Standpunkt in der Frage der Eingliederung des Kellogg-Paktes, des Europafinanzwesens und in der Währungsfrage, in den zuständigen Kommissionen darzulegen.

Ich glaube aber, daß die Augen der Völker jetzt auf Genf gerichtet sind, die vor allen Dingen wissen wollen, ob die hier versammelten Staatsmänner imstande sind, einen Ausweg aus der Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, und ob wir eine berechtigte Hoffnung darauf haben können, daß es in der bevorstehenden Konferenz zu greifbaren Ergebnissen kommt.

Die Gefahren der Wirtschaftslage haben sich aufs Inhere zu verlagert. Magazinierung von Rohstoffen und Lebensmitteln auf der einen Seite, Mangel und Knappheit auf der anderen, Zusammenballung von Kapital und Anhäufung von Geld in wenigen Ländern, in anderen Entleerung von Kapital und unerträglicher Zinsdruck und als kurzschmerzhafteste Erscheinung der Verkümmung der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, die sich im kommenden Winter in einer noch nicht absehbaren Weise steigern wird. Ein Meer von teils Verarmten, teils verarmten und revolutionären Einflüssen nur zu leicht zugänglich sind! Niemand darf sich darüber täuschen, daß die Erde bebt, auf der der Bau unseres heutigen Wirtschafts- und Währungssystems, sowie unserer Kultur errichtet ist.

Es erhebt sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden können. Meiner Vorredner hat das zu bejahen gewagt, und ich glaube deshalb, wir sind uns einig darüber, daß alles Mögliche noch zu tun bleibt.

Das bedeutsamste Ergebnis der bisherigen Arbeit des europäischen Studienkomitees ist der Bericht, den der Ausschuss der Wirtschafts-Sachverständigen erhatet hat, und der auch dem Völkerbund vorliegt. Der Ausschuss sieht eigentlich als einziges Mittel für eine durchgreifende Besserung der europäischen Wirtschaft die wirtschaftliche Annäherung, den wirtschaftlichen Zusammenschluß an. Die Verwirklichung solcher Pläne kann nur im Einvernehmen mit den außereuropäischen Ländern erfolgen, sie muß zu einer geeigneteren Zollpolitik als gegenwärtig führen — Sicherungen, die das Mißtrauen anderer Kontinente gegen diese europäischen Pläne zerstreuen sollen. Bei dieser hohen Feststellung darf es natürlich nicht bleiben. Die Regierungen müssen unverzüglich an die Aufgabe herantreten, den Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses so umfassend wie möglich schon in der nächsten Zeit in die Wirklichkeit umzusetzen. Das Ergebnis dieser Bemühungen wird ein Prüfstein dafür sein, wie weit heute in Europa der Wille zu großzügiger, praktischer Zusammenarbeit wirklich vorhanden ist.

Auch das Problem der Zoll-Präferenzen für Getreide bezeichnete der Minister als einen solchen Prüfstein für den

Willen der Zusammenarbeit. Er verweist auf die Vorschläge des Europa-Komitees, die Zoll-Präferenzen für Getreide als Ausnahme von der Meistbegünstigung empfehlen und gab der Erwartung Ausdruck, daß es gelinge, diesen Plan zur Annahme zu bringen, indem sich auch die außereuropäischen Länder davon überzeugen, daß die Hebung der europäischen Kaufkraft schließlich auch ihnen zugute komme.

Hierauf wandte sich Dr. Curtius dem finanziellen Problem der Krise zu.

Wir stehen, sagte er u. a., vor einer Verwirrung der ganzen Welt- und Kreditwirtschaft. Das Einfließen von Kapital aus den kapitalreichen in die kapitalarmen Länder hat nicht nur ganz aufgehört, die kapitalreichen Länder haben sogar den kapitalarmen Ländern in einem minimal vorherzulebenden Umfang die kurzfristigen Mittel, die sie dort angelegt hatten, wieder entzogen. Schwere Zusammenbrüche von Banken und ein hierdurch notwendig gewordenen Eingriff der Regierung in die private Bankwirtschaft sind die bedauerliche aber unvermeidliche Folge gewesen.

Diese Vorgänge haben ihren Hintergrund in der Lage der internationalen Finanzbeziehungen, die durch die bestehenden Schulden politischen Charakters geschaffen worden sind. Die gewaltigen politischen Zahlungen von Land zu Land erfolgten ohne wirtschaftliche Gegenleistung.

Es ist ein geschichtliches Verdienst des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, daß er in klarer Erkenntnis der Gefahr eine einjährige Pause für die Zahlungen der politischen Schulden vorgeschlagen und erreicht hat. Als Vertreter Deutschlands liegt mir daran, auch von dieser Stelle aus, die Großzügigkeit des Hooverplans und die Erleichterung, die er für mein Land gebracht hat, anzuerkennen. Aber das Feiertagsfest schließt nur eine vorübergehende Atempause. Von verschiedenen Vorrednern ist mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit betont worden, daß das Problem der internationalen politischen Zahlungen im Allgemein-Interesse eine Gesamtlösung erfordert, die der Krise wirklich ein Ende mache. Das ist die große Aufgabe, vor die die Welt sich gestellt sieht.

Alle internationalen Bemühungen auf dem gesamten Wirtschafts- und Finanzgebiete hängen von einer elementaren Voraussetzung ab: das ist die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in den internationalen politischen Beziehungen. Soll der Völkerbund hierin seine Mission erkennen, dann müssen die von ihm vertretenen Regierungen sich immer wieder darauf besinnen, welches die Grundzüge sind, von denen in den politischen Beziehungen der Staaten das Vertrauen abhängt. Gerade der Völkerbund muß dafür sorgen, daß diese Grundzüge wirksam zur Geltung kommen. Ich lege das Gewicht nicht so sehr darauf, was bei unseren Genfer Bemühungen schon erreicht ist, sondern vielmehr auf das, was noch fehlt und noch erreicht werden muß. Echtes Vertrauen ist ein gegenseitiges Verhältnis. Das Vertrauen zwischen den Völkern kann nur dann eine sichere Grundlage finden und bewahren, wenn es auf der verständnisvollen Anerkennung der beiderseitigen Interessen und Auffassungen beruht. Diese Grundlage darf auch durch die schlimmste materielle Notlage eines Landes nicht gefährdet werden. Die Überwindung augenblicklicher Schwierigkeiten darf nicht um den Preis noch größerer Schwierigkeiten in der Zukunft erkauft werden. Allen Versuchen zur Wiederherstellung eines normalen Güter- und Kapitalverkehrs müßte ein dauerhafter Erfolg bleiben, wenn dabei nicht in den politischen Beziehungen die Grundzüge der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung gewahrt würden. Die deutsche Regierung wird es nicht daran fehlen lassen, zu einer internationalen Zusammenarbeit mit allen Kräften beizutragen.

Ich begrüße es, daß der bevorstehende Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin Gelegenheit bieten wird, den unmittelbaren Gedankenaustausch fortzusetzen, und ich knüpfe daran die Hoffnung, daß es auf diesem Wege zu Ergebnissen kommt, die den beiden Ländern zum Vorteil gereichen und darüber hinaus auch dem allgemeinen Weltinteresse dienen.

Ich komme zu dem zweiten großen Problem des Völkerbundes, der

#### Abrüstungsfrage.

Für die Behandlung der Abrüstungsfrage trägt von vornherein und ganz allein der Völkerbund die Verantwortung. Die Schaffung des Völkerbundes hat der Welt die Abrüstung verkündet, sie ist dem Völkerbund bei seiner Entstehung als Hauptaufgabe zugewiesen; sie ist seine Schicksalsfrage, die sich auf der bevorstehenden Konferenz entscheiden muß. Es bringt keinen Nutzen, die gegenseitigen Ansichten, die in der Abrüstungsfrage heute noch bestehen, zu verschleiern. Ich beginne deshalb ganz offen mit der Erklärung, daß ich zwar vielen, aber doch nicht allen den Gedanken zustimmen kann, die in unseren bisherigen Debatten geäußert worden sind.

Ich möchte anknüpfen an die Rede des italienischen Herrn Außenministers, dessen grundsätzliche Ausführungen über das Verhältnis zwischen der friedlichen Streitentscheidung, der Abrüstung und der Sicherheit ich mit großer Genugtuung gehört habe. Wenn Herr Grandi die Ansicht vertritt, daß die friedliche Streitentscheidung und die Abrüstung zusammen die entscheidenden Mittel zur Erhöhung der Sicherheit darstellen, so kann ich dem nur mit aller Entschiedenheit zustimmen. Alle Bemühungen um die endgültige und uneingeschränkte Beilegung des Krieges bleiben Stückwerk, solange nicht das System der friedlichen Streitentscheidung vom Völkerbund so ausgebildet ist, daß auch für die schwersten politischen Interessenlagen eine gerechte und billige Regelung gewährleistet ist.

In der Überzeugung, daß nicht Abrüstung, sondern Abrüstung Sicherheit bringt, liegt ein entscheidendes Merkmal der im Völkerbund organisierten Staatengemeinschaft gegenüber den früheren Methoden der internationalen Politik. Die Sicherheit der Staaten ist nur dann eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens, wenn alle Staaten an ihr in gleichem Maße teilhaben. Die Völkerbundsplanung kennt nur eine nationale Sicherheit für alle Bundesmitglieder. Sicherheit, begründet auf Ubergewicht der Abrüstung, bedeutet stets Unsicherheit und Gefahr für die anderen an Abrüstung unterliegenden Ländern. Sie ist Mißtrauen und läßt unvermeidlich den Gedanken des Rückwärtsreitens wieder aufleben, dessen völlige Beilegung einer der wesentlichen Zwecke der Gründung des Völkerbundes war. Wie sehr das Gefühl der militärischen Schwachheit gegenüber stark gerüsteten Nachbarn auf der Seele einer Nation lastet und ihr ganzes Leben betrifft, das weiß jeder Deutsche, der die Auswirkungen solcher Zustände am eigenen Volke beobachtet.

Der Schluckstein des Gebotes einer Friedensorganisation kann erst gesetzt werden, wenn durch einen vorherigen Ausgleich der Rüstungen sichergestellt ist, daß eine Bundesgewalt nur in partieller Weise gegen jedes Bundesmitglied, nicht aber mit Hilfe bestimmter stark gerüsteter Staaten gegen andere angewandt werden kann. Die Durchführung der Abrüstung, wie sie Artikel 8 der Völkerbundsplanung vorsieht, bildet deshalb die Voraussetzung, ohne die an einen Ausbau des Zwangsverfahrens des Völkerbundes nicht gedacht werden kann. Das eigentliche Thema der Herabsetzung der Rüstungen darf auf der Konferenz nicht abhängig gemacht werden von Fragen, die erst nach Durchführung der Abrüstung gelöst werden können. 12 Jahre sind seit der Verwirklichung und seit 5 Jahren gehört Deutschland dem Völkerbunde an, ohne daß diese Verpflichtungen eingehalten worden sind. Wenn jetzt endlich die Abrüstungskonferenz zusammentritt, so kann vom deutschen Volke nicht verlangt werden, daß es sich mit einer Legalisierung der gegenwärtigen Rüstungsverhältnisse abfindet. Eine wirkliche Verminderung der Rüstungen der stark gerüsteten Staaten ist daher für Deutschland die unerlässliche Voraussetzung für das Gelingen der Konferenz.

Wenn die Abrüstungskonferenz zu einem politisch erträglichen Ergebnis führen soll, muß sie überdies dafür sorgen, daß künftig auf dem Gebiete der Rüstungsbeschränkung nicht internationale Rechtsfälle zweierlei Charakters nebeneinander bestehen bleiben, je nachdem es sich um im Weltkriege unterlegene oder um andere Staaten handelt. Der Ausgangspunkt muß die Gleichberechtigung aller Staaten sein, so daß innerhalb der Völkerbundsplanung nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen wird; es muß für alle die gleiche Methode bei der Herabsetzung und Begrenzung der einzelnen Rüstungsfaktoren gelten. Wäre dies nicht der Fall, so würde die Konvention nicht die psychologischen und moralischen Voraussetzungen erfüllen, unter denen das deutsche Volk ihr beitreten kann.

Mit großem Interesse habe ich von der Anregung des italienischen Herrn Außenministers Kenntnis genommen, die Staaten sollten sich bereit erklären, im Hinblick auf die Konferenz und während deren Dauer die Ausführung von Programmen für neue Rüstungen anzuführen. Die deutsche Regierung hat diesen Gedanken gewissenmaßen für Deutschland schon vorweg angenommen durch die Erklärung, die sie anlässlich der Verhandlungen über den Hooverplan abgegeben hat. Ich stimme mit Herrn Grandi überein, daß der Gedanke einer Rüstungspause geeignet sein kann, die Vorbedingungen für die Konferenz zu verbessern und ihre Aufgabe zu erleichtern. Ich hoffe, daß es gelingt, diesem Gedanken für die in Betracht kommenden Staaten praktische Gestalt zu geben.

Am Ende seiner Ausführungen schloß sich Dr. Curtius dem Appell Lord Roberts Cecil an: Geben wir unseren Delegierten für die Konferenz die weitestgehenden und weitestherzigsten Instruktionen. Das Maximum, nicht das Minimum der Abrüstung, muß die Richtschnur unserer Verhandlungen sein. Nur wenn die Staaten, sagte er weiter, vor allem die waffenmächtigen, einer klaren und weitestgehenden